

Kongress One-Stop-Government, Haus der Wirtschaft 01.07.2009

Meine Damen und Herren,

vielleicht kennen Sie die Geschichte von den zwei Sonntagsjägern, die von der Jagd heimkommen. Ihre Stimmung ist ziemlich schlecht. Einer legt den Rucksack ab. Es fällt kein Wort. Die Ehefrau will sie aufheitern und sagt: „Macht doch kein so finsternes Gesicht. Immerhin ist doch euer Rucksack ganz schön schwer“. Darauf der Ehemann grantig: „Sei bloß ruhig. Da ist der Hund drin.“

Diese Geschichte erzählte Manfred Rommel oft und besonders gerne, wenn er sich im Rathaus über Schnellschüsse von eifrigen Grünhörnern amüsierte. Mir fällt diese Geschichte ein, wenn ich über die Entstehungsgeschichte der Dienstleistungsrichtlinie in Europa aber auch bei der Umsetzung in nationales Recht bei uns nachdenke. Anzuecken in der Politik ist nicht besonders schwer. Das gelingt manchmal mehr, manchmal weniger gut. Die Medien müssen ja auch leben. Bei der Umsetzung der DLR gelingt das Anecken besonders gut, man kann so richtig die Zahl seiner Feinde vermehren. Auch wenn immer noch nicht alle Streitpunkte geklärt sind, der Kanonendonner ist verstummt, der Rauch hat sich verzogen. Es wird noch ein wenig mit dem Florett gefochten. Die Aussichten für eine Friedenspfeife sind aber nicht schlecht. Die Europäische Kommission lag und liegt in ihrer Analyse und in ihrer Forderung nämlich richtig.

Die Analyse ist, das Wirtschaftswachstum der EU hinkt hinter den Erwartungen zurück. In den Jahren 2000 bis 2005 wuchsen die EU-Länder um 1,9 Prozent im Jahresdurchschnitt, während es in den USA im selben Zeitraum jahresdurchschnittlich 2,8 Prozent waren. Wir wären heute froh, wenn wir solche Wachstumsschritte hätten. Die Finanz- und Wirtschaftskrise zwingt zu einer ganz neuen Bescheidenheit. Das ehrgeizige Ziel der europäischen „Lissabon-Strategie“ bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu werden, war und ist in Gefahr.

Die Forderung der EU ist: jährlich soll ein Wachstum von 3 Prozent erreicht werden und das Wachstum soll Arbeitsplätze schaffen. Wachstum schaffen heißt, alle bürokratischen Hemmnisse die einen gemeinsamen Markt behindern, müssen verschwinden. Wachstumslokomotive ist der Dienstleistungssektor. Diese Lokomotive muss Fahrt aufnehmen. Volkswirtschaftlich gesehen ist es auf jeden Fall der richtige Ansatzpunkt. Fast alle Arbeitsplätze, die in der EU in den letzten Jahren entstanden sind, entfallen auf den Dienstleistungssektor. Das gilt auch im stark vom Produzierenden Gewerbe geprägten Baden-Württemberg. Nach den Zahlen des Statistischen Landesamtes wird heute rund zwei Drittel der gesamten realen Wirtschaftsleistung vom Dienstleistungsbereich erbracht. Es ist also richtig, den dynamischsten Teil des Wirtschaftsgeschehens nun auch für den zwischenstaatlichen Handel nutzbar zu machen. Was folgte war ein Richtlinienvorschlag mit dem Ziel, dass alle Dienstleistungen nach dem Recht des Herkunftslandes in jedem anderen Land der EU angeboten werden dürfen. Schnell verdiente sich die Richtlinie den Namen: „Bolkestein-Hammer“ (nach dem ehemaligen EU-Kommissar und geistigen Vater der Richtlinie Frits Bolkestein). Sozial-Dumping, Ausverkauf von Dienstleistungsarbeitsplätzen und law-shopping waren die Schlagworte der Kritiker und vielleicht nicht ganz unberech-

tigt. Von dem Herkunftslandprinzip ist nicht mehr viel übrig geblieben. Es gilt noch für den Marktzutritt aber für die Ausgestaltung der DL-Tätigkeit gilt das Ziellandprinzip.

Eines der Kernelemente der DLR ist, ein Einheitlicher Ansprechpartner soll als „Front Office“ oder „One Stop Agency“ – englische Begriffe kommen immer gut - für die Aufnahme und Ausübung von Dienstleistungen alle Informationen abfragen und alle Formalitäten zeitnah abwickeln, wenn ein EU-Ausländer eine Dienstleistung bei uns anbieten will. Diese zentrale Anlaufstelle kontrolliert das Verfahren. Die Verwaltung ist Dienstleister, der Bürger ist Kunde. Kein schlechter Gedanke, das schafft Sympathiewerte. Der Buchbinder Wanninger, der von Karl Valentin in ein bürokratisches Labyrinth geschickt wird, wird endlich erlöst und muss nicht mehr unverrichteter Dinge aufgeben. Das neue Genehmigungsverfahren bekommt eine Zeitvorgabe, es wird transparenter und arbeitet mit Genehmigungsfiktionen. Aktenstaub war gestern. Nacheinander die Handwerkskammer, die Gewerbeaufsicht, das Finanzamt, das Eichamt, die Bundesagentur für Arbeit, die Berufsgenossenschaft und die Zollverwaltung einzuschalten, die Arbeitnehmer bei der Sozialversicherung zu melden und vielleicht noch Aufenthaltserlaubnisse einzuholen wird künftig so nicht mehr funktionieren.

Die Verwaltung wird neue Organisationsstrukturen und Prozesse entwickeln müssen und sie muss die Verfahrenskorrespondenz optimieren und die Bearbeitungszeit verkürzen. Auch wenn dafür von Bund und Land eine elektronische Infrastruktur aufgebaut wird, eine Umstellung ist das schon. Vielleicht wird die lang angestrebte Modernisierung der Verwaltung endlich angepackt. In der Plenarrede zur ersten Lesung des Gesetzes zur Umsetzung der DLR habe ich noch davon gesprochen, dass uns so etwas wie eine Kulturrevolution in der Verwaltung bevorsteht. So euphorisch bin ich nicht mehr, weil man mit Prophezeiungen leicht daneben liegen kann. Beim traditionellen Fassanstrich des Musikvereins Weilimdorf habe ich versprochen – noch unter dem Eindruck der Kommunalwahl – also an Tiefschläge gewohnt, für jeden Schlag den ich brauche, würde die CDU bei der nächsten Wahl ein Prozent dazugewinnen. Ich wollte das Publikum auf einen langen Abend einstimmen, aber nach dem ersten Schlag floss das Bier schon aus dem Zapfhahn. Das ist mir eine Lehre. Ein Lehre sollte mir auch die Kritik sein, die seitens der Medien auf mich und dem Kollegen Dr. Prewo, dem wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD Landtagsfraktion einschlug. Wir haben ein gemeinsames Thesen- und Aktionspapier zur DLR herausgebracht und Ziele formuliert wie

- nirgends soll es für Dienstleistungsanbieter aus der EU leichter sein als bei uns in BW ihre Leistungen anzubieten
- die Verortung des EA und sein Leistungsprofil soll für den Wirtschaftsstandort BW den bestmöglichen Nutzen bringen
- es darf nicht zur Diskriminierung von Inländern kommen,
- die Verfahren müssen rationalisiert und die Kosten verringert werden,
- der EA darf nicht zu neuen Institutionen führen;
-

Nun sollte man meinen das ist alles sehr vernünftig, aber es entsprach so gar nicht dem Klischee, dass sich Politiker aus Regierung und Opposition wie bei einem anatolischen Hahnenkampf die Augen auskratzen. Die Tatsache, dass SPD und CDU zusammenarbeiten und die FDP außen vor war, war medial spannender als das Thema selbst. Lernfähig bin ich im Alter nur noch bedingt und als politisch Spätberu-

feiner lebe ich immer noch in der Naivität, dass Politik den Interessen aller Bürger und dem Gemeinwohl dienen muss.

Es war nicht meine Absicht, die FDP zu ärgern. So richtig bei der Sache war die FDP bei der Umsetzung nicht. Ihrer Meinung nach sollte der Staat gar nichts mit der DLR zu tun haben, die Kammern sollen sich exklusiv darum kümmern. Bei der Plenardebatte meinte die Kollegin aus der FDP, die EU soll die Subsidiarität der Länder respektieren und keine neue und teure Bürokratieinstitution schaffen. Sie klagte, dass die Steuerberater und Wirtschaftsprüfer jeden Tag dicker werden. Eine liebe Freundin habe eine Pflegerin aus Polen und das ohne EA. Ich vermag über das Ernährungsverhalten von Steuerberatern in der Wirtschaftskrise wenig zu sagen. Auch auf die Gefahr als Sexist geoutet zu werden, gegen eine nette polnische Pflegerin hätte ich im Alter wenig einzuwenden. Nur was die Kollegin übersehen hat, Pflegeleistungen, das Gesundheitswesen und das Steuerberatungswesen fallen gar nicht in den Anwendungsbereich der Richtlinie. Die FDP stellt sich bei der Umsetzung der DLR zu defensiv auf.

Das gilt auch beim zentralen und spannendsten Thema der DLR, der Verortung des EA. Die EU überlässt es den Mitgliedstaaten, wer in die Rolle des EA schlüpft. Nach unserer föderalen Struktur entscheiden die Länder selbst. Auf den ersten Blick mag man es bedauern, dass sich die Länder nicht auf eine einheitliche Lösung verständigen konnten. Es finden sich Kammermodelle, Kommunalmodelle und neue Behörden. Für jede Lösung lassen sich gute Gründe finden. Die Zukunft wird zeigen, welches Land am besten aufgestellt ist. Dieser Wettbewerb ist nicht ohne Reiz.

Wir gehen im Land einen eigenen Weg. In Baden-Württemberg sollen Kammern und Kommunen die künftigen Aufgaben eines Einheitlichen Ansprechpartners übernehmen. Jede Kammer im Land soll Einheitlicher Ansprechpartner sein. Bei den Kommunen übernehmen die Landkreise und die kreisfreien Städte diese Aufgabe. Das Modell setzt darauf, die Stärken der Beteiligten vollumfänglich in die Prozesse einzubringen. Sowohl die Kompetenzen der Kammern im Bereich der Existenzgründung als auch der Kommunen bei der Wirtschaftsförderung können so miteinander verzahnt und optimal genutzt werden. Wichtig ist nach außen ein einheitliches Erscheinungsbild für den Dienstleister, auch wenn die Kammern 30 Einheitliche Ansprechpartner, die Landkreise 9 und die kreisfreien Städte 35 solcher Einrichtungen als freiwillige Aufgaben betreiben. Wichtig ist mir dabei, dass Kammern und Kommunen zusammenfinden. Nach altem Recht war das nie ein Problem. Erst durch die Forderung nach einem Allkammermodell entstand eine Konkurrenz, die fast schon zu feindlichen Lagern führte. Jetzt ist Friedenspfeife angesagt. Jetzt müssen die Beteiligten zusammenarbeiten. Schnellschüsse von Sonntagsjägern wären fehl am Platz. Die erste Herausforderung ist, die Kommunen und die Kammern müssen sich an die Entrümpelung unnötiger Vorschriften machen. Alles, was protektionistisch ist bei Gesetzen, Verordnungen, Formularen, Berufsausübungsregeln und Verwaltungsvorschriften ist zu eliminieren. Keine einfache Aufgabe. Normenscreening nennt das die EU und recht hat sie, wenn sie da Druck ausübt. Bei einer Veranstaltung vor Wirtschaftsförderern in Stuttgart hat ein Vertreter der LHS auf eine Publikumsfrage vorgetragen, man habe die Friedhofssatzung geändert. Ich glaube nicht, dass das ausreichen wird und ob man mit der Grabsteinsatzverordnung anfangen muss, lass ich mal dahingestellt sein. Da darf man gespannt sein, was kommen wird.

Der Charme der konkurrierenden Kooperation liegt darin, dass alle beteiligten Stellen den vom Land weiter entwickelten Service-bw-Dienst als einheitliches IT-Instrument

nutzen. Eine Koordinierungsstelle beim Innenministerium kann sich dabei als sinnvoll erweisen. Die IT Plattform ist für alle gleich. Aber auch die gilt es gemeinsam weiter zu entwickeln, so könnten die Daten beispielsweise in einem Warenwirtschaftssystem für die Verwaltung nutzbar gemacht werden.

Während die Kammern nach dem Gesetzentwurf geborene EA sind, müssen die Kommunen sich dafür bewerben. Das hat zu einer Verärgerung bei den Kollegen in der Fraktion hervorgerufen, die Bürgermeister oder Landräte sind. Dieser Kunstgriff war nötig, um sicherzustellen, dass das Konnexitätsprinzip nicht gilt. Der Einheitliche Ansprechpartner muss sich aus den Gebührenaufkommen selbst finanzieren. Zuschüsse vom Land sind nicht geplant. Darin liegt eine gewisse Schwierigkeit, weil das Äquivalenzprinzip unseres Verwaltungskostenrechts in Europa unbekannt ist. Nur der Verwaltungsaufwand, nicht der wirtschaftliche Vorteil darf nach der DLR als Kostenfaktor bei der Gebührenbemessung berücksichtigt werden. Über höhere Unternehmenssteuern sollten wir das Problem nicht lösen, sondern das Verwaltungskostenrecht an betriebswirtschaftlichen Kostenrechnungen ausrichten.

Bei der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie wäre es verfehlt, nur für EU-Ausländer die Verfahrenserleichterungen anzuwenden und Inländer auszuschließen. Duale Strukturen erweisen der Bürokratie einen Bären dienst. Ein Modernisierungsschub kommt nur, wenn dieses Instrument allgemein gilt und wir den Katalog der Dienstleistungen weiter fassen als die Richtlinie es vorgibt. Wir sind im Zeitplan. Kommunen und Kammern müssen jetzt an einem Strang ziehen. Lassen Sie mich zum Schluss an den Satz eines Wiener Kapellmeisters erinnern, als Johann Strauss das Orchester lobte: „Ja Herr Strauss, hingeschrieben ist so etwas leicht, aber spielen, das ist eine Sauarbeit“.

Vielen Dank.